

Free Software Foundation Europe (FSFE)
Schönhauser Allee 6/7
10119 Berlin

Sollte ihrer Meinung nach durch die von öffentlicher Hand beauftragte und finanzierte Software grundsätzlich Freie Software sein, da sie von der Allgemeinheit finanziert wurde? Wenn ja: Mit welchen Maßnahmen und in welchem Zeitrahmen planen Sie diese Forderungen bei einer Regierungsbeteiligung umzusetzen? Wenn nicht: Aus welchen Gründen lehnen Sie es ab, dass diese Software wieder der Allgemeinheit vollumfänglich zur Verfügung gestellt wird?

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass möglichst alle öffentlich finanzierten Inhalte der breiten Öffentlichkeit frei zugänglich gemacht werden. Die Inhalte werden in offenen Formaten online zur Verfügung gestellt und archiviert. Weiterverbreitung sowie kommerzielle Nutzung sind ausdrücklich gestattet, solange sie dadurch nicht in ihrer freien Nutzung beschränkt werden. Ausnahmen von der Veröffentlichungspflicht sind nur bei schwerwiegenden Gründen möglich; diese müssen in jedem Einzelfall schriftlich dargelegt werden.

Dies gilt für alle Arten von Inhalten und schließt Software mit ein. Es ist daher wichtig, dass zunächst einmal überhaupt begonnen wird, öffentlich finanzierte Inhalte unter freien Lizenzen zu veröffentlichen. Hierzu möchten wir öffentliche Stellen gesetzlich verpflichten.

In der praktischen Umsetzung wird die größte Herausforderung in der Zugänglichmachung bestehender Inhalte liegen. Soweit hier auch (lizenzierte) Inhalte Dritter mit verwendet wurden, gilt die Lizenz oft nur für eine eingeschränkte Nutzung. Zudem liegen viele Daten nicht in offenen Formaten vor.

Sowohl die juristische Situation wie auch die technische Frage der Konvertierung in offene Formate lässt sich derzeit nicht abschließend bewerten. Hier fehlt es an Informationen zum derzeitigen Datenbestand. Deshalb müssen die öffentlichen Stellen verpflichtet werden, zunächst eine Bestandsaufnahme durchzuführen, auf deren Basis eine Strategie zur Umsetzung formuliert werden kann.

Das Elsterformular zur elektronischen Steuererklärung existiert seit Jahren für das freie Betriebssystem GNU+Linux sowie für Apple Mac OSX, da es mit dem freien Cross-Platform-Framework Qt entwickelt wurde [1]. Allerdings wird es zurückgehalten und Apple- und GNU+Linux-Nutzer werden auf die fehleranfällige und unsichere Java-Lösung Elsteronline verwiesen. Wie ist ihre Position dazu?

Wie in Frage 1 bereits erläutert fordern wir Piraten eine generelle Zugänglichmachung öffentlich finanzierter Inhalte unter freien Lizenzen. Dies gilt auch für alle Versionen der Elster-Software. Sollten die Mac OS X- und Linux-Versionen unter gravierenden technischen Mängeln leiden, die einem Einsatz entgegenstehen, z.B. weil die Software nicht ausgereift genug und damit anfällig für Sicherheitsmängel ist, so ist zumindest der Öffentlichkeit die Möglichkeit einzuräumen, die Software selber weiterzuentwickeln.

Dies sollte dadurch geschehen, dass die Software inklusive Quellcode und Dokumentation unter einer freien Lizenz veröffentlicht wird.

Wie beurteilen Sie die Tatsache, dass in manchen Fällen bei beauftragten Softwareentwicklungen öffentlicher Einrichtungen diese nicht sämtliche Nutzungsrechte (Zugriff auf den Quellcode, das Recht, die Software selbst oder durch Dritte

weiterzuentwickeln, das Recht die Software an andere Weiterzugeben) besitzen etwas, das für einen privatwirtschaftlichen Auftraggeber vollkommen inakzeptabel wäre?

Eine solche Lizenzierung ist mit unserem Ziel der generellen freien Zugänglichmachung öffentlich finanzierter Inhalte nicht vereinbar.

Schon deshalb fordern wir, Softwareentwicklung nur zu entsprechenden Bedingungen zu vergeben. Die entsprechenden Rechtsverordnungen sind so anzupassen, dass solche Bedingungen in Zukunft ausgeschlossen werden.

Mobile Geräte (Mobiltelefone, Tablets, Netbooks, ...) sind kleine Computer, die wir ständig mit uns herumtragen. Sie haben Mikrofone und Kameras, kennen unseren Aufenthaltsort, enthalten private Daten und Kommunikationsvorgänge. Sie sind mächtige Werkzeuge, die Risiken für die Privatsphäre bergen, aber uns in vielen Bereichen das Leben erleichtern können. Wie wollen Sie sicherstellen, dass in unserer Gesellschaft diese neuen Werkzeuge sich im Sinne der Anwender nutzen lassen?

Die Datensammlungen mobiler Geräte sind vor allem deshalb kritisch, weil Geräte- und Softwarehersteller damit ein detailliertes Profil des Benutzers und seines unbeteiligten Umfeldes anlegen können. So enthalten etwa die Adressbücher von Mobiltelefonen unvermeidbar auch Daten Dritter, denn ein Adressbuch ohne Namen und Telefonnummern ist nutzlos. Adressbücher zu verbieten kann aber keine Lösung sein. Sie sind hier nur eines von zahllosen Beispielen, die meist im Zuge der elektronischen Kommunikation entstanden sind.

Aus diesem Grund reicht ein reines Auskunftsrecht nicht mehr aus, da der Bürger keinen Überblick mehr haben kann, wer welche Daten über ihn besitzt. Stattdessen muss eine Mitteilungspflicht eingeführt werden. Dazu fordert die Piratenpartei die verpflichtende Einführung des Datenbriefes und die Verankerung desselben in den Bundesdatenschutzgesetzen des Bundes und der Länder. Dieser Datenbrief soll von allen Firmen und Behörden, die personenbezogene Daten besitzen, jährlich an alle Betroffenen verschickt werden. Die Weitergabe von Daten an Dritte soll darin kommuniziert und begründet werden. So erfährt der Bürger automatisch, wo seine Daten liegen, und kann seine Rechte auch in der Praxis durchsetzen.

Zudem sind viele Benutzer mit den Einstellungsmöglichkeiten moderner Geräte überfordert. Deshalb müssen alle Produkte datenschutzfreundlich voreingestellt sein.

Um Datenschutz mit den neuen Medien vereinbar zu machen, bedarf es ständiger technischer Innovationen. Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für eine Stärkung der Selbstständigkeit sowie der Kontroll- bzw. Sanktionsbefugnisse der Aufsichtsbehörden ein. Unternehmen werden nur dann innovative Lösungen entwickeln, wenn es einen starken öffentlichen Druck gibt, Produkte datenschutzfreundlich zu gestalten.

Beispielsweise wäre es für Facebook leicht möglich, die Like-Buttons durch das Zwei-Klick-Prinzip datenschutzfreundlich zu gestalten. Beim Zwei-Klick-System werden die Daten erst nach Aktivierung durch den Nutzer an Facebook gesendet. Dies wird von den Datenschutzbeauftragten seit Jahren gefordert, konnte aber noch nicht durchgesetzt werden.

Stimmen Sie dem Eckpunktepapier der Bundesregierung zu „Trusted Computing“ und „Secure Boot“[2] zu? Wenn nein, warum? Wenn ja, was werden sie unternehmen, damit die Forderungen aus dem Eckpunktepapier eingehalten werden?

Das Eckpunktepapier enthält viele wichtige Forderungen, die auch wir sehr gerne umgesetzt sehen möchten. Systeme, die den Nutzer daran hindern, bestimmte Software zu installieren, sind

wirtschaftspolitisch nicht akzeptabel. Dies führt zwangsläufig zur Förderung von Oligopolen oder Monopolen im Softwaremarkt.

Wichtiger noch ist aber die gesellschaftspolitische Bedeutung der Kontrolle über IT-Systeme: Die Kommunikation über digitale Netzwerke wie das Internet hat bereits einen hohen Stellenwert und gewinnt immer weiter an Bedeutung. Der Zugang zur digitalen Kommunikation ermöglicht es, voll am sozialen Leben teilzuhaben, frei zu publizieren, sich Zugang zu öffentlichen Informationen zu verschaffen und sich damit weiterzubilden, sowie sich auch online wirtschaftlich oder kulturell zu betätigen. Um wirtschaftliche Hindernisse am Zugang zur digitalen Kommunikation auszuräumen, ist jedem Mitglied der Gesellschaft eindeutig das Recht zur Teilhabe zuzusprechen.

Dies setzt aber auch voraus, dass die dazu verwendeten Geräte unter der Kontrolle des Benutzers stehen. Eine Einschränkung auf bestimmte Betriebssysteme oder andere Software steht dem diametral gegenüber.

Um Transparenz der Technik und Offenheit des Marktes zu erreichen, ist es zudem wichtig, dass Trusted Computing Systeme als offene Standards freigegeben werden und Interoperabilität sichergestellt wird.

Genau deswegen ist es wichtig, dass die Forderungen des Eckpunktepapiers tatsächlich umgesetzt werden. Eine entschiedene und schlagkräftige Regelung besitzt das Potenzial, die Freiheit des Nutzers sicherzustellen und eine gefährliche Abhängigkeit von wenigen ausländischen Anbietern zumindest nicht weiter zu fördern.

Dazu ist es notwendig, dass Verstöße gegen die Forderungen des Papiers zu empfindlichen Konsequenzen für die Hersteller führen.

Eine zahnlose Umsetzung würde nur dazu führen, dass die AGB der Anbieter entsprechend angepasst würden, ohne dass sich tatsächliche Veränderungen einstellen. Es bleibt zu hoffen, dass das Eckpunktepapier nicht nur die Vergaberichtlinien, sondern auch die Industriepolitik beeinflussen wird.

Unterstützen Sie die derzeitige Position der Bundesregierung aus SAGA zu IT-Standards, die zur Förderung des Wettbewerbs durch Offene Standards im Softwarebereich eine Lizenzierung ohne Restriktionen und Lizenzgebühren erfordert. Wenn ja, wie werden sie diese Forderung umsetzen? Wenn nein, was werden Sie tun?

Die Piratenpartei unterstützt die Nutzung offener Standards und freier Formate.

Die freie und andauernde Verwendung von Daten jeder Art durch alle Nutzerinnen mit Systemen ihrer Wahl kann nur erfolgen, wenn diese Daten in einem Format vorliegen, das den Kriterien eines Offenen Standards entspricht. Ähnlich ist es bei der Zusammenarbeit verschiedener technischer Systeme. Diese sind nur dann bei gleicher Funktionalität austauschbar, wenn ihre Schnittstelle ein Offener Standard ist. So wird die Abhängigkeit von einzelnen Herstellern verringert und ein freier Wettbewerb technischer Lösungen möglich.

Grundsätzlich unterstützt auch SAGA diese Forderungen. Allerdings wird hier die Nutzung offener Standards und freier Software nicht verbindlich festgeschrieben, so ist etwa ODF lediglich ein empfohlenes Format. Dies führt dazu, dass in der Verwaltungspraxis immer noch unfreie Software und nicht-offene Formate eingesetzt werden können. SAGA verkommt so zum "Papiertiger".

Im Rahmen des OpenSAGA-Projektes wird derzeit eine Open Source-Implementation eines Frameworks für SAGA-konforme Webanwendungen entwickelt. Solche Entwicklungen möchten wir unterstützen und fördern.

Manche Behörden machen noch immer auf ihren Webseiten Werbung für eine spezielle unfreie Software, z.B. in Form von Adobe Reader obwohl es mehrere freie Alternativen gibt. Der Migrationsleitfaden der Bundesregierung empfiehlt auch auf andere PDF-Betrachter zu verweisen und beispielsweise unsere Textbausteine zu verwenden. Was ist Ihre Meinung zu dieser Form von Werbung für unfreie Software und was werden Sie diesbezüglich unternehmen?

Die Piratenpartei fordert, alle Daten und Informationen in offenen Formaten bereitzustellen. Für solche Formate wird keine unfreie Software benötigt, ein Hinweis darauf erübrigt sich somit. Wo möglich sollte dem Bürger immer die Wahl gelassen werden, für welche Software er sich entscheidet. So wird auch eine Verzerrung des Wettbewerbs vermieden. Dies kann mittels Gesetzen oder Verordnungen festgeschrieben werden.

Immer mehr Unternehmen missbrauchen die Bezeichnung Freie Software/Open Source um ihre proprietäre Software besser zu vermarkten. Welche Möglichkeiten sehen sie Verbraucher, Unternehmen und die öffentliche Verwaltung vor Unternehmen zu schützen, die proprietäre Software unter dem Label "Freie Software" oder "Open Source" vermarkten?

Unter freier Software wird der Verbraucher üblicherweise eine Software verstehen, die allen Menschen ohne Gegenleistung die folgenden vier Rechte einräumt:

- Die Software zu jedem Zweck zu benutzen.
- Die Software zu untersuchen und zu verändern.
- Die Software zu verbreiten.
- Die Software zu verbessern und diese Verbesserungen zu verbreiten, um damit einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten.

Diese Rechte können an die Bedingung gebunden sein, dass veränderte und verbesserte Versionen wiederum als freie Software veröffentlicht werden müssen.

Wenn ein Software-Hersteller mit der Bezeichnung "Open Source" oder "freie Software" Werbung für ein Produkt macht, an dem er diese Rechte nicht oder nicht vollständig einräumt, so ist dies eine irreführende und damit missbräuchliche Verwendung der Begriffe.

Um solchen Geschäftspraktiken Einhalt zu gebieten, fordern wir Piraten, das Verbandsklagerecht für staatlich anerkannte Stellen auf den Bereich des Verbraucherschutzes zu erweitern, um eine Rechtsfrage verbindlich für alle betroffenen Verbraucher zu klären.

Software fällt in Deutschland unter das Urheberrecht und wird, wie Literatur auch, vom Patentrecht ausgeschlossen. Trotzdem werden weiterhin Softwarepatente von Patentämtern erteilt und Patentstreitigkeiten auch in Deutschland vor Gericht gebracht. Was ist Ihre Position zu Software-Patenten und wie planen Sie diese durchzusetzen?

Generell sind ein Abbau von Monopolen und eine Öffnung der Märkte erklärtes politisches Ziel unserer Partei. Patente als staatlich garantierte Monopole stellen grundsätzlich eine künstliche Einschränkung der allgemeinen Wohlfahrt dar, die einer ständigen Rechtfertigung und Überprüfung bedarf. Da Software bereits durch das Urheberrecht geschützt wird, ist eine Patentierung unnötig und auch schädlich.

Patentierung von Trivialitäten oder sogar die Blockierung des Fortschritts durch Patente soll unter allen Umständen verhindert werden. Diese Gefahr sehen wir aber bei Softwarepatenten in besonderem Maße, da ihre Einführung beispielsweise in den USA zu einer Schwemme von Trivialpatenten geführt hat, was eine noch stärkere Konzentration auf einige wenige IT-Giganten zur Folge hatte.

Ein weiterer Grund ist der sehr kurze Innovationszyklus bei Software. Dadurch sind herausragende Innovationen oft schon Trivialitäten, noch bevor die Patentlaufzeit von 20 Jahren auch nur zur Hälfte abgelaufen ist.

Die Softwarebranche ist durch sehr geringe Kapitalanforderungen und eine hohe Bedeutung von Innovationen gekennzeichnet. Dies führt dazu, dass auch sehr kleine Firmen wichtige technologische Innovationen leisten können. Dies ist etwa bei Youtube, Google, Amazon und Ebay der Fall gewesen. Softwarepatente führen hier dazu, dass etablierte Konzerne ein unüberschaubares Drohpotential aufbauen können, um kleine und mittlere Unternehmen aus dem Markt herauszuhalten.

Zudem sehen wir in Softwarepatenten eine erhebliche Gefahr für die Entwicklung freier Software, da Patente mit diesem Entwicklungsmodell unvereinbar sind. Dadurch könnten Anbieter proprietärer Software Open Source-Konkurrenten durch juristische Drohungen statt bessere Produkte bedrängen.

Haben Sie darüber hinaus vor, in anderen Bereichen Freie Software zu fördern? Wenn ja: wie?

Wir werden uns auf europäischer und internationaler Ebene für die Verwendung und Festschreibung offener Standards und freier Software einsetzen. Wirtschaftspolitik spielt sich zunehmend international ab. Dies macht eine zumindest europaweit verbindliche Regelung zugunsten offener Standards notwendig.